

Wahlprüfsteine JuFoNa

Antworten von Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg

Frage 1: Wie haben Sie vor von Ihren Strategien (Mobilität, Energie, Nachhaltigkeit, Klimaplan) zu konkreter Umsetzung von Nachhaltigkeit zu kommen?

Unser Ziel ist es, Brandenburg zu einem nachhaltigen und zukunftsfähigen Bundesland zu entwickeln, das den ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit gerecht wird. Wir haben es in dieser Legislaturperiode geschafft, den Klimaplan als klimapolitische Gesamtstrategie der Landesregierung zur Erreichung der Klimaneutralität bis spätestens 2045 in allen Sektoren auf den Weg zu bringen. Für uns ist es oberste Priorität, dass der Klimaplan und die eng verzahnten Landesstrategien (z.B. Mobilität und Energie) in der nächsten Legislatur nicht in der Schublade verschwinden, sondern ambitioniert umgesetzt werden. Dafür bilden wir ein Klimakabinett, indem koordiniert wird, dass alle Ministerien den notwendigen Beitrag zur Umsetzung des Klimaplanes und der Einhaltung der Klimaziele leisten. Der Klimaplan umfasst 103 konkrete Maßnahmen unter anderem in den Bereichen Energie und Industrie, Verkehr und Landnutzung, Wärmewende, Bauen, Kreislaufwirtschaft, Bioökonomie, Landwirtschaft, Beteiligung sowie Verwaltung. Die Umsetzung vieler Maßnahmen hat bereits während der Erarbeitung des Klimaplanes in dieser Legislatur begonnen. Die Maßnahmen und Ziele des Klimaplanes und der Landesstrategien verschiedener Ministerien tragen unmittelbar zur nachhaltigen Entwicklung in Brandenburg bei. Wir wollen der Verwaltung ausreichend Ressourcen bereitstellen, damit diese die Maßnahmen umsetzen können.

Damit die Umsetzung sichergestellt wird, haben wir uns für einen umfassenden Monitoring-Prozess stark gemacht. Alle zwei Jahre erscheint ein Klimabericht, der über die Zielerreichung und den Umsetzungsstand der Maßnahmen informieren soll. Ein wissenschaftlicher und unabhängiger Klimabeirat begleitet dieses Monitoring und formuliert Empfehlungen an die Landesregierung – sofern nötig - zur Nachsteuerung bei der Zielerreichung und den Maßnahmen. Wir werden dafür sorgen, dass die Ergebnisse aus dem Bericht und die Einschätzungen des Klimabeirats einen hohen Stellenwert für die Klimapolitik der Landesregierung haben. Den Klimabeirat und das regelmäßige Monitoring wollen wir langfristig absichern und stärken.

Wir wollen außerdem einen Klima- und Nachhaltigkeitscheck einführen, der alle Gesetze, Strategien und Förderprogramme darauf prüft, welchen Effekt sie auf das Klima haben. Grundlage sollen sogenannte CO₂-Schattenpreise sein, um die wahren Kosten von Projekten für unsere Umwelt und Gesellschaft einschätzen zu können

Frage 2: Wird es in der nächsten Legislaturperiode mit Ihnen eine gesetzliche Grundlage für Klimaschutz aka ein Klimaschutzgesetz für Brandenburg geben, und werden daran Bürger*innen beteiligt werden?

Brandenburg hat seit 2019 erstmals ein Ministerium für Klimapolitik. Dieses hat Klimaplan aufgestellt mit dem Ziel, spätestens 2045 klimaneutral zu sein. Neben Zwischen- und Sektorzielen enthält der Plan konkrete Maßnahmen, um die Ziele zu erfüllen. Mit dem Klimaplan ist der Grundstein gelegt, im nächsten Schritt braucht es ein verbindliches Klimaschutzgesetz. Es ist essenziell, dass diese Ziele und Maßnahmen verbindlich festgeschrieben werden - auch für kommende Landesregierungen. Dafür werden wir uns in der nächsten Legislaturperiode stark machen. Denn Klimaschutz in Brandenburg muss verbindlich in einem Gesetz festgeschrieben werden. Das Gesetz soll rechtliche Rahmenbedingungen für den Klimaschutz und die Klimaanpassung im Land beinhalten. Ein Klimagesetz muss konkrete Maßnahmen vorsehen, z.B. die Ausweitung der Solarpflicht auf den privaten Bereich oder die Anpassung

der Wassernutzungsentgelte. Auch die Klimaziele sollen gesetzlich verankert, das Klimaplan-Monitoring gesetzlich fixiert und die Klimaanpassungsstrategie des Bundes in Landesgesetz gegossen werden. Weitere Anpassungen in Fachgesetzen im Sinne des Klimaschutzes und der Klimaanpassung sollen mit dem Klimagesetz gezielt angegangen werden. Bei der Gesetzeserstellung werden wir die Zivilgesellschaft und die Verbände aktiv einbinden und Veränderungen im politischen Prozess aktiv und transparent kommunizieren und erläutern. Die Umsetzung des Klimaplanes sowie weiterer Schritte, z.B. Klimagesetz, wollen wir mit Teilnehmungsformaten begleiten. Dafür wollen wir die Nachhaltigkeitsplattform zu einem Nachhaltigkeits- und Klimaforum weiterentwickeln, um die zivilgesellschaftliche Vernetzung und Beteiligung von Bürger*innen an Nachhaltigkeits- und Klimaschutzthemen zu befördern.

Daneben muss ein Klimagesetz das Regierungshandeln und die politische Steuerung in Bezug auf Klimaschutz und Klimaanpassung in den Blick nehmen: Brandenburg braucht ein Klimakabinet, das die entsprechenden Gesetzesvorhaben und Strategien auf den Weg bringt und einen wissenschaftlichen Klimarat, der die Landesregierung berät. Außerdem müssen verbindlich Aussagen dazu getroffen werden, welche Konsequenzen eintreten, wenn Zwischen- und Sektorziele verfehlt werden. Mehremissionen müssen in jedem Fall mindestens ausgeglichen werden.

Frage 3: Mit dem Begriff Klimagerechtigkeit fordern viele Menschen Klimaschutz mit sozialen Fragen zusammen zu denken. Wie und mit welchen Maßnahmen wollen Sie diese beiden Aspekte in Brandenburg zusammenbringen?

Im Sinne der Klimagerechtigkeit wollen wir Klimaschutzmaßnahmen sozial abfedern. Denn es sind Menschen mit höheren Einkommen, die das Klima belasten und Menschen mit niedrigeren Einkommen, die unter den Folgen leiden. Wissenschaftliche Prognosen zeigen außerdem, dass die Klimakrise weitere Krisen befeuern wird. Pandemien, Wirtschaftskrisen und steigende Inflation sind nur einige Beispiele davon. Die Klimakrise wird auch in Zukunft zu mehr sozialer Ungleichheit führen und soziale Krisen verschärfen. Aktuelle Krisen müssen zusammengedacht und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Gerade in Zeiten, in denen gesellschaftliche Mehrheiten für Klimaschutz auf der Kippe stehen, müssen die Menschen für den steigenden CO₂-Preis ausreichend entlastet werden. Wir drängen daher, gemeinsam mit den Grünen im Bund, auf die Einführung des Klimagelds. In Brandenburg wollen wir ein Maßnahmenpaket entwickeln, welches Klimaschäden vermeidet und die Ungleichheit zwischen Arm und Reich bekämpft.

Letztes Jahr haben Fridays For Future und ver.di mit dem Bündnis „Wir fahren zusammen“ eindrücklich gezeigt, wie wichtig es ist, soziale Fragen und Klimaschutz gemeinsam anzupacken. Der ÖPNV ist das Herzstück der sozialen und klimafreundlichen Mobilität für alle. Wir stellen uns hinter die Forderungen des Bündnis, für bessere Arbeitsbedingungen, gute Bezahlung der Beschäftigten im Nahverkehr und massive Investitionen in den ÖPNV-Ausbau. Einen guten und verlässlichen ÖPNV wird es nur geben, wenn sie endlich die Arbeitsbedingungen ändern.

Frage 4: Welche Maßnahmen ergreifen Sie um Klimaschutz und Jugendbeteiligung zu verbinden?

Jugendliche sind, auch in Brandenburg, in besonderem Maße vom voranschreitenden Klimawandel betroffen, jedoch gleichzeitig auch wichtige Akteur*innen für die Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft. Unzureichende Klimapolitik schränkt die Freiheits- und Grundrechte junger Menschen ein. Das wurde vom Bundesverfassungsgericht 2021 juristisch bestätigt. Für uns ist es selbstverständlich, dass Jugendliche bei Entscheidungen zur Klimaschutzpolitik einbezogen und gehört werden müssen. Denn wenn es z.B. um Klimaschutzmaßnahmen im Bereich Mobilität im ländlichen Raum geht, sind ihre Bedürfnisse oft ganz andere als die der Erwachsenen.

Deshalb wollen wir die wichtige Arbeit des Jugendforums Nachhaltigkeit, als bereits bestehende Beteiligungsplattform im Bereich Klimaschutz für Jugendliche, langfristig sichern. Wichtige Voraussetzung für Jugendbeteiligung ist eine starke Jugendarbeit mit gesicherten Strukturen. Junge Menschen brauchen z.B. Räume, wo sie ihren Interessen selbstbestimmt nachgehen können, ganz besonders in den ländlichen Regionen. Wir werden selbstverwaltete Treffpunkte vor Ort – vom Bauwagen bis zum Jugendzentrum – erhalten und ausbauen.

Wir leben in Zeiten multipler Krisen, die bei vielen Schüler*innen große Ängste auslösen. Wir unterstützen Schulen, die mehr Eigenverantwortung wollen, um Projektlernen, Demokratie und den sozialen Zusammenhalt zu stärken, sowie Themen wie bspw. Klimaschutz in den Lerninhalten mitberücksichtigen, um Schüler*innen auf zukünftige Lebensrealitäten vorzubereiten.

Um die Jugendbeteiligung grundsätzlich zu fördern, wollen wir das Kompetenzzentrum für Kinder- und Jugendbeteiligung weiter stärken, damit die Umsetzung von Beteiligung in den Kommunen gut funktioniert. Mit dem Kinder- und Jugendgesetz auf Landesebene wollen wir in der nächsten Legislaturperiode ein Verfahren entwickeln, wie die Beteiligung auf Landesebene von jungen Menschen grundsätzlich funktionieren kann.

Frage 5: Ist es in Ihrem Sinne einen Klima-Bürger*innenrat in der nächsten Legislaturperiode zu ermöglichen, und mit welchen Zielen und Verbindlichkeiten sollte dieser dann ausgestattet werden?

Wir unterstützen das Konzept der Bürger*innen-Räte und sehen darin eine große Chance die Demokratie, die Selbstwirksamkeit und Verantwortung in unserer Gesellschaft zu stärken. Aufbauend auf dem Beteiligungsprozess zur Erstellung des Klimaplanes könnte sich ein Bürger*innen-Rat konkreten Klimaschutzmaßnahmen und deren Umsetzung widmen. Dies fördert die Identifikation der Menschen mit den Klimaschutzmaßnahmen und stärkt das Vertrauen in politische Entscheidungsprozesse. Durch eine repräsentative Auswahl der Teilnehmer*innen kann sicher gestellt werden, dass die Vielfalt der Brandenburger Gesellschaft im Bürger*innenrat abgebildet wird. Junge Menschen sollen gezielt in den Bürger*innenrat eingebunden werden, um ihre Perspektiven und Ideen zur Klimapolitik zu berücksichtigen. Dies kann durch spezielle Jugendquoten oder die Einrichtung eines Jugendklimagremiums erfolgen. So können unterschiedliche Lebensrealitäten und Erfahrungen in die Diskussionen einfließen. Die Empfehlungen des Klima-Bürger*innenrats sollen verbindlich in den politischen Entscheidungsprozess einfließen. Dies bedeutet, dass die Landesregierung und der Landtag verpflichtet sind, die Vorschläge ernsthaft zu prüfen und öffentlich Stellung zu nehmen. Zudem ist wichtig, dass der Bürger*innenrat mit ausreichenden finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet wird, um seine Aufgaben effektiv erfüllen zu können.

Frage 6: Inwiefern möchten Sie Klima-Geflüchteten Menschen eine Möglichkeit geben in Frieden in Brandenburg zu leben?

Wir stehen für ein Brandenburg, in dem Menschen jeglicher Herkunft und unabhängig von Religion, Geschlecht und Alter Schutz vor bspw. Klimakatastrophen finden. Wir stellen uns klar gegen rechte Populist*innen und Rechtsextreme, die Stimmungsmache auf dem Rücken geflüchteter Menschen betreiben. Geflüchtete und Menschen mit Migrationsgeschichte bereichern unsere Gesellschaft. Wir wollen vor allem die Kommunen strukturell besser dabei unterstützen, die Situation der Menschen direkt vor Ort zu verbessern und setzen uns für ein Brandenburger Integrationsgesetz ein.

Frage 7: Mit welchen Maßnahmen wollen Sie Brandenburgs Anpassung an die Folgen der Klimakrise klimagerecht gestalten?

Die Klimakatastrophe ist allgegenwärtig: Die Folgen erleben wir jetzt schon und viele Veränderungen werden wir auch mit konsequentem Klimaschutz nicht mehr aufhalten können. Stattdessen müssen wir im Hier und Jetzt mit den Auswirkungen umgehen und uns gut vorbereiten. Dank uns hat Brandenburg bereits eine Klimaanpassungsstrategie und einen Hitzeaktionsplan. Darauf wollen wir aufbauen, um die Menschen in Brandenburg besser zu schützen.

Weil die Klimakrise immer häufiger Extremwetterereignisse, wie Starkregen oder Hitzephasen, mit sich bringt, wollen wir die Förderprogramme für den Schutz vor Extremwetter in Kommunen besonders ausbauen. Jede Kommune soll dabei unterstützt werden, Klimaanpassungsmaßnahmen vor Ort zu planen und umzusetzen. Insbesondere Hitzeaktionspläne, aber auch kleinräumliche Maßnahmen sollen für mehr Kühle und Schatten in unseren Städten und Gemeinden sorgen und vulnerable Gruppen in akuten Hitzephasen schützen. Darüber hinaus ist die Infrastruktur gegen Hitzeschäden abzusichern.

Unsere Brandenburger Kulturlandschaften wollen wir mittels vielfältiger Strukturen zu Klimalandschaften aufwerten, indem wir verstärkt die Neuanlage von Hecken, die Umwandlung von Acker in Grünland, die Reaktivierung von Feuchtflächen und Söllen fördern. Wir wollen den Waldumbau im Landeswald mit konkreten Zielzahlen weiter voranbringen und den Waldumbau im Privatwald gezielt unterstützen. Durch die Klimakrise ist vor allem der Wasserhaushalt verändert. Wirksame Anpassungsmaßnahmen sehen wir darin, mehr Wasser in der Landschaft zu halten und in den Städten die Möglichkeiten für das Auffangen und die Verwendung von Regenwasser zu verbessern. Wir wollen das Wassergesetz zur Umsetzung dieser Ziele und die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsprozessen novellieren und eine Regenwasseragentur Brandenburg zur Beratung von Kommunen und Bürger*innen gründen.

Für erfolgreichen Klimaschutz und eine Klimaanpassung in unserem Flächenland wollen wir die lokalen Akteur*innen bei Vernetzung und Projekten stärker unterstützen.

Frage 8: Der Maßnahmenkatalog im Klimaplan der Landesregierung weicht stark von dem ab, was das wissenschaftliche Gutachten als notwendig angesehen hatte, um die Klimaschutzziele und Klimaneutralität in 2045 zu erreichen. Welche Maßnahmen sollte das Land Brandenburg zusätzlich ergreifen?

Brandenburg ist nach wie vor das Bundesland in Deutschland mit den höchsten CO₂ Emissionen pro Kopf, vor allem aufgrund der Braunkohleverstromung. Aber auch in anderen Sektoren, wie in der Industrie und im Verkehr, sind die Emissionen nach wie vor viel zu hoch. Die Folgen dessen spüren wir schon jetzt mit brennenden Wäldern, austrocknenden Seen und Flüssen sowie der steigenden Sorge um die Trinkwasserversorgung. Es ist uns wichtig zu betonen, dass wir die Verabschiedung des Klimaplanes für Brandenburg als Landesstrategie als großen Erfolg sehen, dies aber nur ein erster Schritt sein kann.

Wie im Bund haben wir auch in Brandenburg einen wissenschaftlichen Klimabeirat eingerichtet, der Politik und Verwaltung beim Klimaschutz berät und die Einhaltung unserer Ziele überwacht. Der Klimaplan ist der Grundstein, auf dem wir aufbauen und ein verbindliches Klimaschutzgesetz für unser Bundesland auf den Weg bringen wollen. Denn Klimaschutz in Brandenburg muss verbindlich in einem Gesetz festgeschrieben werden. Nur so können die Menschen ihn auch wirklich einfordern – beispielsweise vor Gericht. Das Gesetz soll feste Maßstäbe beinhalten, mit denen bewertet werden kann, ob Brandenburg seine gesteckten Ziele auch einhält. Wir werden ein Klimakabinett bilden, damit alle Politikbereiche ihren fairen Beitrag leisten und Klimaschutz überall verankert wird. Bei der Umsetzung wollen wir Verbände und Bürger*innen umfassend beteiligen.

Wir wollen außerdem einen Klima- und Nachhaltigkeits-Check einführen, der alle Gesetze, Strategien und Förderprogramme darauf prüft, welchen Effekt sie auf das Klima haben. Grundlage sollen sogenannte CO2-Schattenpreise sein, um die wahren Kosten von Projekten für unsere Umwelt und Gesellschaft einschätzen zu können. Wir wollen, dass Brandenburg beim Klimaschutz mit gutem Beispiel vorangeht und die Landesverwaltung bis 2030 klimaneutral wird.

Frage 9: Die im August 2022 veröffentlichte Energiestrategie für das Land Brandenburg zeigt deutlich, dass die bisher für das Land gesetzten Ziele zur Senkung des Endenergieverbrauchs verfehlt wurden. Welche Instrumente werden sie einsetzen, um noch verborgene Effizienz- und Suffizienzsteigerungen im Land zu heben?

Der gigantische Energiebedarf unseres Lebenswandels bringt den Planeten an seine Grenze. Um lebenswerte Städte und Dörfer, soziale Sicherheit, gute Wohnungen und gute Arbeitsplätze zu sichern und gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen für kommende Generationen zu bewahren, bedarf es einer Transformation der Energiewirtschaft von fossilen hin zu erneuerbaren Energiequellen. Das Prinzip, Ressourcen und Energie einzusparen ist ein Bündnisgrüner Leitgedanke. Wir setzen uns dafür ein, dass die Energiewende sozial- und umweltverträglich vollzogen wird.

Deshalb bevorzugen wir besonders effiziente Lösungen wie etwa die Wärmepumpe zum Heizen oder die E-Mobilität. Diese wollen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützen. E-Autos sind aber nicht die einzige Antwort, denn statt der bloßen Elektrifizierung des Verkehrs braucht es eine echte Mobilitätswende. Dafür setzen wir uns ein.

Auf Landesebene wollen wir die Energieagentur zu einer Energie- und Klimaagentur weiterentwickeln, die Unternehmen, Kommunen und Bürger*innen zu Energieeffizienz und Energieeinsparungen zu Hause, im Unternehmen oder der Verwaltung gezielt beraten soll. Mit Förderprogrammen wollen wir entsprechende Maßnahmen unterstützen. Wir setzen uns für das Instrument des CO2-Preises ein, denn dieser gibt Anreize für sparsameres und effizienteres Verhalten. Es braucht auch die Einführung des Klimagelds, um die sozialen Folgen des CO2-Preises abzufedern.

Frage 10: Hinsichtlich der regionalen Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte besteht ein großes Potential für den ländlichen Raum. Allerdings besteht hier ein hoher Investitionsbedarf. Wie wollen Sie die regionale Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte fördern und unterstützen?

Von guter und nachhaltiger Ernährung profitiert unsere ganze Gesellschaft: Eine reichhaltige und vielfältige Ernährung hält uns gesund. Wir wollen unsere regionale Landwirtschaft und Wirtschaftskreisläufe stärken und die große Vielfalt sowie die Qualität der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sichern. Dafür haben wir in dieser Legislaturperiode mit der Ernährungsstrategie, der Richtlinie für die Förderung und den Aufbau von klimaschonenden Wertschöpfungsketten und den Brandenburger Qualitätszeichen bereits wichtige Grundsteine gelegt. Die von uns auf den Weg gebrachte Ernährungsstrategie für Brandenburg umfasst 25 Maßnahmen, wie unsere Ernährung vielfältiger, gesünder, nachhaltiger und damit auch regionaler wird. Die Umsetzung wollen wir weiter vorantreiben, die Maßnahmen auf Wirksamkeit überprüfen und weiterentwickeln.

Den Investitionsbedarf werden wir als Land nicht allein stemmen können. Wir sehen die Rolle der Landespolitik darin günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, sodass Unternehmer*innen Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen in Brandenburg aufbauen wollen und Verkaufserlöse mehr bei den Erzeuger*innen ankommen. Ein wichtiger Hebel für die Nachfrage nach regionalen Produkten ist die Gemeinschaftsverpflegung. Auch der Berliner Markt bietet letztendlich einen guten Absatz, den wir stärken möchten. Hierbei sollen die Qualitätszeichen helfen, die wir weiter ausbauen

und verfolgen wollen. Brandenburger Produkte müssen für Verbraucher*innen als qualitativ hochwertige, regional und klimaschonend erzeugte Produkte erkennbar sein. Förderrichtlinien zum Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten wollen wir aufrechterhalten und praxistauglich anpassen.